


FAZ vom 19.2.2020

**In Offenbach:
Bürgerbeteiligung macht
am Anfang eines
Entscheidungsprozesses
Sinn**



**In Seligenstadt:
Statt der Stadtverordneten
sollen die Bürger entscheiden**

Drei Konzepte für ein altes Haus

Seligenstädter werden zu Schulhaus befragt

sug. SELIGENSTADT. Drei Vorschläge liegen auf dem Tisch, wie es mit der seit sieben Jahren geschlossenen Hans-Memling-Schule in Seligenstadt weitergehen könnte. Vom 16. bis zum 30. März sollen sich die Bürger online oder per Postkarte an der Entscheidung beteiligen. Allen Wahlberechtigten werden dafür entsprechende Unterlagen mit Zugangsdaten zugeschickt, damit sie sich in einer anonymen Abstimmung für eine der drei Varianten entscheiden können.

Das zwischen 1843 und 1905 in mehreren Etappen errichtete Gebäude an der Großen Maingasse, das sich in unmittelbarer Nähe zur Klosteranlage und der Einhardbasilika befindet, steht unter Denkmalschutz. 2017 gelangte das Ensemble, in dem bis 2012 unterrichtet wurden, nach einem Rechtsstreit wieder in den Besitz der Kommune. Vergleichsweise günstig, nämlich laut Vorplanung für etwa 3,6 Millionen Euro, ließe sich das als Variante 2 geführte Konzept „Bil-

dungshaus“ der gemeinnützigen Erasmus Offenbach GmbH realisieren: Sie möchte eine dreisprachige, private Kindertagesstätte nebst Krippe mit rund 60 Betreuungsplätzen sowie eine Grundschule für 100 Kinder eröffnen.

Derweil setzt sich der Verein „Freunde der Hans-Memling-Schule“ für ein möglichst variabel zu nutzendes „Bildungs- und Kulturhaus“ ein, das unter anderem Platz für die Volkshochschule und die Musikschule sowie Vereine und Künstlerinitiativen bieten soll. Diese Umbauvariante käme laut Kostenschätzung auf rund 5,9 Millionen Euro.

Ein wenig von beidem enthält der „Kultur und Kindergarten“-Konzept des SPD-Ortsvereins Seligenstadt, das auch finanziell betrachtet mit veranschlagten 5,1 Millionen Euro dazwischenliegen dürfte. Variante 3 sieht eine bunte Mischung aus Kinderbetreuung und Seniorentagesstätte, Volkshochschule und Veranstaltungsort vor.

Offenbacher sollen mitreden

Online-Diskussion über Leitlinien

jor. OFFENBACH. In Offenbach sollen die Bürger mehr Einfluss auf Entscheidungen der städtischen Gremien nehmen können. Das hat das Stadtparlament beschlossen und eine Arbeitsgruppe beauftragt, Leitlinien für eine solche Bürgerbeteiligung zu entwickeln. Ein Entwurf liegt nun vor, und die Offenbacher sind nun aufgerufen, noch bis zum 8. März im Internet über diese Leitlinien zu befinden und Änderungsvorschläge beizusteuern. Das funktioniert über die Internetseite mitreden.offenbach.de.

Ein Jahr lang hat die Arbeitsgruppe aus Bürgern, Stadtverordneten und Mitarbeitern der Verwaltung an den Leitlinien gearbeitet, die nun den Bürgern präsentiert werden. Die Arbeitsgruppe hat in einem ersten Schritt danach gefragt, wie sich Bürger eine Beteiligung wünschen. Dabei wurde den Angaben der Stadt zufolge vor allem deutlich, dass die Bürger eine frühzeitige und ergebnisoffene Diskussionen wollen. Eine reine Information über schon getroffene Entscheidungen reiche ihnen nicht.

Wie Kerstin Holzheimer, stellvertretende Leiterin des Offenbacher Amtes für Öffentlichkeitsarbeit, erläutert, besteht eine Schwierigkeit darin, dass die Beteiligungsmöglichkeiten in den unterschiedlichen Stufen eines Projekt nicht gleich bleiben können. Vielmehr könne die umfassende Mitsprache nur am Anfang eines Projektes stehen. In den folgenden Stufen des Projektes werden die Möglichkeiten der Beteiligung zwangsläufig immer geringer. Am Ende stehe schließlich nur mehr die Information über die letztlich bindende Entscheidung der Stadtverordneten. Schwierig ist eine effiziente Bürgerbeteiligung auch deshalb, weil Bürger in der Regel erst dann aktiv werden, wenn sie unmittelbar betroffen sind. Nicht selten existiere aber beispielsweise ein Planfeststellungsbeschluss oder ein Bebauungsplan bereits, wenn die persönliche Betroffenheit erkannt werde. Es gehe also auch darum, Formate der Bürgerbeteiligung zu finden, die frühzeitige und umfassende Information ermöglichen. Auch in dieser Hinsicht soll nun die Online-Beteiligung bis zum 8. März weitere Hinweise liefern.